

# Die Bürgerrechte neu definiert

Von [Stephen P. Halbrook](#) und [Senator Kay Bailey Hutchison](#)

Washington Times, 29. Juni 2008

Am Donnerstag verkündete der [Oberste Gerichtshof](#) der USA ein bahnbrechendes Urteil zum Schutz der verfassungsmäßigen Rechte, indem er das Verbot des District of Columbia für den Besitz von Kurz Waffen durch Privatpersonen aufhob. Die Folgen dieser Entscheidung werden im ganzen Land zu spüren sein.

Aufgrund der Entscheidung des Obersten Gerichtshofs, das [Second Amendment](#) als individuelles Recht zu bestätigen, wird es für lokale, staatliche und bundesstaatliche Regierungen viel schwieriger sein, das Recht der Bürger, sich und ihre Familien zu schützen, zu verletzen. Dies ist der größte Sieg für die Rechte des Einzelnen seit Jahrzehnten.

Wir haben diese Bemühungen unterstützt, indem wir im Fall [D.C. v. Heller](#) zugunsten des Beklagten Dick Heller einen Schriftsatz des Kongresses als „[Freund des Gerichts](#)“ einreichten. Dieser Schriftsatz, der von 55 Senatoren, 250 Mitgliedern des Abgeordnetenhauses und dem Vizepräsidenten unterzeichnet wurde, bewies, dass eine Mehrheit im Kongress das Second Amendment als ein zu schützendes individuelles Recht versteht. Nie zuvor hatten so viele Kongressmitglieder einen solchen Schriftsatz an den Supreme Court unterzeichnet.

1976 verabschiedete der Stadtrat von D.C. das strengste Waffenkontrollgesetz der Nation: Kurz Waffen wurden vollständig verboten, Büchsen und Flinten wurden registriert und mussten ungeladen und verschlossen oder zerlegt aufbewahrt werden.

Vor diesem Gesetz war die Mordrate in D.C. rückläufig; in den folgenden 15 Jahren stieg sie um 200 Prozent. Anfang dieses Monats brachte die Washington Post einen Leitartikel, in dem es hieß, dass „im District of Columbia im letzten Jahr mehr Menschen getötet wurden als im Jahr zuvor“, und die Zahl der Morde in diesem Jahr ist bislang noch höher.

Das Verbot war nicht nur unwirksam, sondern auch einfach unverständlich. Gemäß dem Gesetz von D.C. hatten Geschäftsinhaber das Recht, eine Schusswaffe zum Schutz ihrer Ladenkassen zu verwenden, aber sie konnten dieselbe Schusswaffe nicht verwenden, um sich und ihre Familien in den eigenen vier Wänden zu schützen.

Die Gründerväter haben das Recht, Waffen zu besitzen und zu tragen, nicht zufällig in die Verfassung aufgenommen. Im Jahr 1775 begann die Amerikanische Revolution, als einfache Bürger beschlossen, sich gegen die ausländische Tyrannei zur Wehr zu setzen. Viele in George Washingtons Regimentern benutzten ihre eigenen Waffen.

Das Second Amendment besagt: „Eine gut organisierte Miliz ist für die Sicherheit eines freien Staates notwendig. Daher darf das Recht des Volkes, Waffen zu besitzen und zu tragen, nicht verletzt werden.“ Es ist nun klar, dass unsere Staatsgründer den Begriff „Miliz“ nicht verwendet haben, um anzudeuten, dass Waffenrechte nur in einer geordneten Armee verwendet werden können, obwohl die Befürworter von Waffenkontrolle dieses Argument seit Jahren vorbringen.

Hätten die Gründungsväter das angestrebt, was als „kollektives Recht“ bekannt ist, wären sie mit [Artikel I, Absatz 8](#) der Verfassung bereits zufrieden gewesen, in dem dem Kongress die Befugnis erteilt wird, „die Miliz einzuberufen, um die Gesetze der Union auszuführen, Aufstände zu bekämpfen und Invasionen abzuwehren“.

Um sicherzustellen, dass der Waffenbesitz als individuelles Recht anerkannt wird, wurde er stattdessen in die [Bill of Rights](#) aufgenommen, eine Zusammenstellung von verschiedenen individuellen Rechten wie Redefreiheit, Religionsfreiheit und ein faires Gerichtsverfahren. Der Ort, an dem diese Worte stehen, ist ein starkes Indiz für die Sichtweise der Gründerväter.

Thomas Jefferson schrieb einmal: „Der natürliche Lauf der Dinge ist, dass die Freiheit weicht und die Regierung an Boden gewinnt.“ In der Debatte über die Bill of Rights forderte James Madison, dass das amerikanische Volk das Recht haben sollte, bewaffnet zu sein, um die Art von Unterdrückung zu verhindern, die im Rest der Welt, insbesondere in Europa, herrschte.

Im letzten Jahrhundert haben totalitäre Regime in der Sowjetunion und im nationalsozialistischen Deutschland erfolgreich ihren Bürgern die Waffen weggenommen, um sie leichter in die Unterwerfung zwingen zu können. Heute konfiszieren die Diktatoren in Birma und Kuba Waffen in Privatbesitz, und so leidet die Bevölkerung.

Das Second Amendment stellt sicher, dass die Amerikaner die Möglichkeit haben, ihre Rechte zu sichern und sie, wenn nötig, gegen staatliche Unterdrückung zu verteidigen. Es ist dieses Recht, das eine Regierung aus dem Volk für das Volk niemals auslöschen darf.

Im Fall *D.C. v. Heller* hat der Supreme Court zum ersten Mal seit fast sieben Jahrzehnten die Rechte aus dem Second Amendment bekräftigt. Dies ist ein erfreuliches Ergebnis für alle, die die Freiheit in unserer großartigen Nation lieben. Aufgrund der Entscheidung des Obersten Gerichtshofs im Fall *Washington, D.C.*, wird jeder Amerikaner dieses wertvolle Recht haben.

Stephen P. Halbrook ist Senior Fellow am Independent Institute und Autor unter anderem von *The Right to Bear Arms*, *Gun Control in Nazi-Occupied France*, „*Fatales Erbe – Hitlers Waffengesetze: Die legale Entwaffnung von Juden und ‚Staatsfeinden‘ im ‚Dritten Reich‘*“, *The Founders' Second Amendment*, *That Every Man Be Armed* und „*America's Rifle: The Case for the AR-15*“.

Den amerikanischen Originalartikel mit dem Titel „**Citizens' Rights Reloaded**“ kann man hier abrufen: <https://www.washingtontimes.com/news/2008/jun/29/citizens-rights-reloaded/>